



Edith Marti-Imholz, erste GRÜNE Landrätin, Glarus

(Frauen)Solidarität

Der Frauenstreiktag 2023 ist vorbei und viele Menschen haben sich auf den Strassen in der ganzen Schweiz für höhere Löhne und bessere Renten für Frauen eingesetzt. Sie verlangten Respekt am Arbeitsplatz und eine verbesserte Vereinbarkeit von Job und Privatleben.

Forderungen müssen zweifellos mit grossem Aufmarsch von Demonstrierenden, laut und immer wieder gefordert werden, damit sie gehört und ernst genommen werden. Es ist sehr wichtig daran zu erinnern, dass wir immer noch einen langen Weg bis zur Gleichstellung der Geschlechter vor uns haben.

Dass aber Solidarität unter Frauen nicht in jedem Fall funktioniert, musste ich als frisch gewählte Landrätin schmerzlich erfahren. Regelmässige Zusammenkünfte mit den Landrätinnen brachten zwar interessante politische Gespräche, aber bei gemeinsam geplanten Vorstössen verhinderten die männlich dominierten Fraktionen ein solidarisches gemeinsames Vorgehen. Es war zweifellos naiv von mir zu glauben, dass allein das Frausein zu gemeinsamem politischen Handeln führt. Frauen sind, ebenso wie Männer, geprägt von ihrem sozialen Hintergrund und deshalb ebenso verschieden wie diese. Es braucht viel gegenseitiges Verständnis für einander, viel Aufklärungsarbeit bei allen Geschlechtern, aber auch Frauen, die ihre Geschichte erzählen und Frauen, die es wagen zu ihrer Meinung zu stehen und Verbesserungen fordern. Diese Forderungen müssen von vielen mitgetragen werden, auch von den Männern.

Wir sollten uns um eine offene und solidarische Gesellschaft bemühen. Dazu braucht es uns alle – an der Urne, an der Landsgemeinde, an den Gemeindeversammlungen. Politiker*innen allein können die anstehenden Probleme nicht lösen – sie brauchen die aktive Unterstützung und Mitarbeit der Bevölkerung. Wir alle sind aufgefordert mitzudenken und mitzuplanen.

Eine der aktuell grössten Herausforderungen ist die Klimaveränderung, die uns alle in unmittelbarer Zukunft stark betreffen wird. Es geht nicht um Glaubensfragen sondern um Tatsachen, die inzwischen wohl (fast allen) Bewohner*innen klar sind: Wir müssen handeln und zwar sofort und entschlossen, um zu verhindern, dass Extremwetterereignisse wie Trockenheit, Hitzewellen, Unwetter und Überschwemmungen zunehmen und die Gletscherschmelze ein noch dramatischeres Ausmass annimmt.

Alle Menschen sind von den Folgen des Klimawandels betroffen, aber ganz besonders unsere Kinder und unsere Enkel werden die Auswirkungen zu spüren bekommen. Für mich ist klar, dass wir alles dafür tun müssen damit unser Lebensraum lebenswert bleibt.

Ein JA zum Klimaschutzgesetz am 18. Juni ist deshalb eine absolute Notwendigkeit.